

«Beim Abstimmen hatte ich fast Panik»

Es ist ein steiler Einstieg: Die vier neuen Ostschweizer Nationalratsmitglieder über ihre ersten Erfahrungen im Bundeshaus.

Adrian Vögele

Es geht Schlag auf Schlag. Pascal Schmid sitzt im Vorzimmer des Nationalratssaals, in Spurdistanz zu seinem Platz in der SVP-Fraktion, und macht einiges gleichzeitig: Journalistenfragen beantworten, die Debatte auf dem Bildschirm im Auge behalten, Parteikolleginnen grüssen («hoi Magdalena»), den Kaffee austrinken, bevor er kalt ist. Nur wenige Minuten bleiben bis zum nächsten Entscheid im Rat. Wer den Takt nicht im Griff hat und vielleicht gar die Glocke ignoriert, den schrecken spätestens die scheltzenden Flügeltüren und schneidenden Rufe auf: «Abstimmen!»

Schmid, 47-jährig, Anwalt und ehemaliger Bezirksrichter aus Weinfelden, gehört zu den Ostschweizer Neulingen im Nationalrat. Ebenfalls gerade gestartet sind Walter Gartmann (SVP/SG), Nina Schläfli (SP/TG) und Kris Vietze (FDP/TG). Auch wenn sie in Bundesbern eigentlich Berge versetzen wollen - an ihrer ersten Session haben die meisten Neugewählten erst mal ein Ziel: möglichst keine Fehler machen. Er sei ehrgeizig und wolle am liebsten alles von Beginn weg können, sagt Schmid. «Aber man braucht etwas Geduld mit sich selber.» Fürs Abstimmen kennt er den Kniff inzwischen: Wenn die zuständige Bundesrätin auf dem Bildschirm erscheint, wird es zeitlich langsam knapp.

Direkt ein Vizepräsidium: «Eine grosse Ehre»

Dann das nächste Rätsel: Stimmt die Fraktion jetzt Ja oder Nein? «Bei den ersten Abstimmungen hatte ich fast Panik», sagt Nina Schläfli. Das habe sich nach gut zwei Wochen schon stark gebessert.

Der grosse Teil der Parlamentsarbeit findet aber im Hintergrund statt, etwa in den Kommissionen. Die Hackordnung für die Sitzzuteilung ist klar: Die



Nina Schläfli (oben Mitte, im Gespräch mit Tamara Funciello), Pascal Schmid (oben rechts), Kris Vietze (unten rechts) und Walter Gartmann (mit Sitznachbar Lukas Reimann).
Bilder: Keystone

Neuen können zwar anmelden, wo sie gerne mitmachen wollen, aber die erfahreneren Ratsmitglieder haben meist Priorität. Umso mehr freut sich Schläfli, dass ihr der Sprung in die staatspolitische Kommission (SPK) gelungen ist - und sie gleich das Vizepräsidium übernehmen darf. «Das ist eine grosse Ehre», sagt die 33-jährige Kreuzlingerin. Die SPK ist unter anderem für das Asylwesen zuständig - ein heisses Eisen, das viele Politikerinnen und Politiker nicht gerne anfassen. Bei Schläfli ist es anders. «Ich habe da keine Berührungsängste», sagt die freischaffende Historikerin und Mutter einer zweijährigen Tochter. Im Gegenteil: Das Ja zur Minarett-Initiative 2009 war für sie ein Hauptgrund, in die Politik einzusteigen. «Wir dürfen

das Thema Migration nicht einfach der SVP überlassen.»

In der SPK startet auch Pascal Schmid. «Das freut mich, es war meine Wunschkommission», sagt er. Zusätzlich erhielt er, was bei Neugewählten im Nationalrat eher selten ist, einen zweiten Kommissionssitz - in der Gerichtskommission. Interessiert hätte ihn auch die Sicherheitskommission (SIK), er zitiert den römischen Dichter Cicero: «Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor.»

Zugleich Jahresabschluss in der Firma

Einen Sitz in der SIK bekommen hat Walter Gartmann aus Mels. Gegen Ende der ersten Session fühle er sich im Bundeshaus schon fast heimisch, sagt der 54-jährige. Zugute kommt ihm



- wie auch den anderen drei Neugewählten - die langjährige Erfahrung aus dem Kantonsparlament. «Doch im Kantonsrat hiess es oft: Dieses Thema können wir nicht regeln, das ist Sache des Bundes. Jetzt ist es natürlich spannend, auf der nationalen Ebene weiterzuarbeiten.» Gartmann, Präsident der SVP Kanton St.Gallen, sagt, er habe an früheren Wahlen sozusagen als «Lokführer» teilgenommen. «Diesmal sagte ich mir: Wenn es noch etwas gibt, das ich politisch erreichen will, dann einen Nationalratssitz.» Dennoch sei er mit einer gewissen Unbekümmertheit in den Wahlkampf gestiegen.

Gartmann ist Unternehmer, vierfacher Vater und überzeugter Milizpolitiker. Es sei gerade in der Wintersession nicht ganz

einfach, Bundespolitik und Arbeit aneinander vorbeizubringen. «Im Geschäft sind die Dezemberwochen die strengsten des Jahres.» Er habe wegen des Berufs auf den einen oder anderen Abendtermin in Bern verzichtet.

«Sie lesen uns jeden Wunsch von den Augen ab»

Oft aber sind die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Bern von früh bis spät mit Politik beschäftigt, «7 bis 22 Uhr», sagt Kris Vietze, als sie aus dem Ratssaal in die Wandelhalle tritt, und lacht. Die Fülle an neuen Aufgaben sei sehr gross, der Einstieg werde den Neugewählten aber möglichst leicht gemacht. «Es ist alles perfekt organisiert. Die Parlamentsdienste lesen uns fast jeden Wunsch von den

Götte im Gremium für grosse Krisen

Ihr Name wirkt unauffällig. Doch die Finanzdelegation, abgekürzt FinDel, gehört zu den mächtigsten Gremien des Bundesparlaments. Weil sie immer dann zum Zug kommt, wenn der Bundesrat in einer Notlage rasch handeln muss und dafür sofort sehr viel Geld braucht.

Die FinDel zählt nur sechs Personen, drei Nationalrats- und drei Ständeratsmitglieder. Zu ihnen gehört neu auch Michael Götte (SVP/SG), der seit Juni im Nationalrat sitzt. In der Vergangenheit hat die FinDel zum Beispiel im Fall Swissair und in der Coronakrise Entscheide gefällt. Im letzten Frühling segnete sie das Milliardenpaket zur Rettung der Credit Suisse ab. (av)

Augen ab.» Vietze ist Wirtschaftsprüferin, Unternehmerin und unter anderem Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Thurgau. Klar, dass sie am liebsten gleich in die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) eingestiegen wäre. Diese ist aber für neue Ratsmitglieder sehr schwer zu erreichen, und in der FDP ist der Andrang erst recht gross. Berücksichtigt wurde jedoch Vietzes zweite Priorität, die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). «Auch das ist eine spannende Kommission», sagt die Frauenfelderin. «Die SGK bearbeitet Themen, in denen es oft schwer ist, Lösungen zu erringen.» Die 55-jährige Mutter zweier erwachsener Kinder packt es gern an. «Ich bin Generalistin.»

Damit geht für die vier Neuen eine hektische Anfangsphase allmählich zu Ende. Und spätestens im März, wenn das Bundesparlament das nächste Mal tagt, wird ihnen schon vieles altbekannt vorkommen.

UVP: Frist auf drei Monate verlängert

Fristen Der Thurgauer Regierungsrat hat die Änderung der Verordnung zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) genehmigt. Das zentrale Element der Revision ist die Verlängerung der Fristen. Zudem wurde auch die Praxis der Vorbesprechungen von Voruntersuchung und Pflichtenheft in die Verordnung aufgenommen.

Die Fristen für die Umweltschutzfachstelle sind in der Verordnung zur Umweltverträglichkeitsprüfung geregelt. Die Ordnungsfrist beträgt seit 1996 zwei Monate. Alle am UVP-Prozess beteiligten Fachstellen haben jedoch festgestellt, dass die Frist von zwei Monaten aufgrund der komplexen Unterlagen in der Regel nicht eingehalten werden kann. Daher hat der Regierungsrat die Ordnungsfrist auf drei Monate erhöht. (red)

Gemeinden sind finanziell solide aufgestellt

Die grosse Mehrheit der politischen Gemeinden im Thurgau schloss 2022 mit einem Ertragsüberschuss ab.

Die Thurgauer Gemeinden blicken insgesamt auf ein erfreuliches Rechnungsjahr 2022 zurück. 68 der 80 politischen Gemeinden schlossen das Rechnungsjahr 2022 mit einem Ertragsüberschuss oder ausgeglichen ab.

Selbstfinanzierungsgrad über 100 Prozent

Die Finanzkennzahlen zeigen bei der Mehrheit der Gemeinden einen problemlosen Finanzhaushalt an. Insbesondere verfügen die Thurgauer Gemeinden über genügend Eigenkapital. Der Selbstfinanzierungsgrad lag 2022, wie bereits 2021 und 2020, bei über 100 Prozent.

Leicht getrübt wird das Gesamtbild dadurch, dass acht Ge-

meinden einen hohen Nettoverschuldungsquotienten aufweisen. Über alle Gemeinden gesehen ist die Verschuldungssituation jedoch problemlos.

Eigenkapitalausstattung überall gut bis sehr gut

Die Thurgauer Gemeinden haben ein komfortables Eigenkapitalpolster. Der Bilanzüberschuss summierte sich 2022 auf 136 Prozent der direkten Steuern, es sind also Reserven vorhanden, um künftige Aufwandüberschüsse zu decken. Alle 80 politischen Gemeinden haben eine gute oder sehr gute Eigenkapitalausstattung.

Im Jahr 2022 konnten die Thurgauer Gemeinden im Schnitt ihre Investitionen vollumfänglich durch selbst erwirt-

schafte Mittel finanzieren. Dies wird durch den Selbstfinanzierungsgrad angezeigt. Er lag 2022 wie bereits in den beiden Jahren davor bei über 100 Prozent.

Unproblematische Verschuldungssituation

Die Thurgauer Gemeinden haben insgesamt eine unproblematische Verschuldungssituation. Allerdings ist in den letzten Jahren die Zahl der Gemeinden mit einer hohen Bruttoschuld gestiegen. 2022 waren die Bruttoschulden in elf Gemeinden - zwei mehr als im Vorjahr - hoch, das heisst, sie summierten sich auf über 150 Prozent des laufenden Ertrags. In vier Gemeinden überschritt der Bruttoverschuldungsanteil die 200-Pro-

zent-Marke: Tobel-Tägerschen, Hüttlingen, Amriswil und Egnach.

Die Mehrheit der Gemeinden verfügt über ein Nettovermögen. Fünf Gemeinden hatten 2022 eine hohe Nettoschuld von mehr als 2500 Franken pro Einwohnerin oder Einwohner zu tragen (Vorjahr: vier). Der Nettoverschuldungsquotient gibt an, welcher Anteil der direkten Steuern nötig ist, um die Nettoschulden abzutragen; in acht Gemeinden lag dieser in einem Bereich, der als schlecht gilt.

35 der 80 Gemeinden halten alle Richtwerte ein

2022 hielten 35 der 80 Thurgauer Gemeinden bei allen Finanzkennzahlen die Richtwerte ein, bewegten sich also überall in

einem problemlosen oder sogar guten Bereich. Dies ist eine Gemeinde weniger als 2022. 22 Gemeinden verpassten den mittleren oder guten Bereich bei einer Kennzahl. 23 Gemeinden, drei mehr als im Vorjahr, lagen bei mindestens zwei Kennzahlen in einem Bereich, der nicht mehr als gut oder problemlos gilt. Alle 80 Gemeinden zusammen erzielten 2022 einen Ertragsüberschuss von 37,3 Millionen Franken. Dies sind 0,7 Millionen Franken oder 1,9 Prozent weniger als im Vorjahr, jedoch 3,1 Millionen Franken oder 9 Prozent mehr als 2020. (red)

Statistische Mitteilung «Finanzkennzahlen der Politischen Gemeinden 2022» auf www.statistik.tg.ch